



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Tag der Wohnungswirtschaft 2024: GdW legt seine Positionen zur Bundestagswahl vor

Was fürs Wohnen jetzt wichtig ist

20.11.2024 Fachinformation

Beim Wohnen als der wesentlichen sozialen Frage unserer Zeit besteht immer dringenderer Handlungsbedarf: Die Baugenehmigungen stürzen immer tiefer ins Bodenlose, die Wohnungsbaubedingungen bleiben schlecht und beim Ansteuern der Klimaziele stehen die sozial orientierten Wohnungsunternehmen und ihre Mieter vor nicht leistbaren Kosten. Eine Besserung mit Blick auf die Finanzierbarkeit der riesigen Aufgaben ist bislang nicht in Sicht. Beim Tag der Wohnungswirtschaft am 19. November 2024 in Berlin legt der GdW seine Lösungen in Form von Positionen zur Bundestagswahl 2025 vor und diskutiert diese mit Bundesbauministerin Klara Geywitz, Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, und weiteren hochkarätigen Gästen.



@GdW/Ronald Luckanus

„Wir sind es, die bezahlbaren Wohnraum in Deutschland schaffen und erhalten wollen. Und das trotz aller Widrigkeiten von Zinswende, Förderfiasko und Baukostensteigerungen von über 45 Prozent in nur vier Jahren. Wenn aber immer mehr Regulierungspläne von politischer Seite um sich greifen und handfeste Unterstützung für die sozial orientierte Wohnungswirtschaft Fehlanzeige bleibt, dann bleibt nur eines zu sagen: So geht es schlicht nicht weiter“, sagt GdW-Präsident Axel Gedaschko.

„Statt politischer Realitätsverweigerung muss endlich gesehen und auch anerkannt werden: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden! Wunschträume von einer Verdreifachung der bei 0,7 Prozent dümpelnden Sanierungsrate und dann auch noch zunehmenden Neubauinvestitionen sind komplett utopisch. Was wir deshalb von der neuen Regierung brauchen, um auch weiterhin bezahlbares Wohnen zu sichern: einen echten Boost für den Neubau, einen Richtungswechsel beim Klimaschutz und endlich vernünftige Finanzierungsbedingungen“, sagt Gedaschko. Vorschläge von Mietenstopps oder -moratorien sind dabei das Gegenteil einer sozial gerechten Wohnungspolitik. Solche Pläne würden Investitionen komplett abwürgen und wären damit Gift für die Zukunft des bezahlbaren Bauens, Sanierens und Wohnens.

Der GdW fordert in seinem Positionspapier zur Bundestagswahl, dass bezahlbarer Neubau bis 12 Euro pro Quadratmeter und sozialer Wohnungsbau absoluten Vorrang bekommen – so, wie der Ausbau von erneuerbaren Energien und Breitbandnetzen. Die Klimaziele im Wohnungsbestand müssen bezahlbar umgesetzt werden – dazu ist ein Paradigmenwechsel hin zu einem Fokus auf CO₂-Reduzierung statt einseitig überbordender Einzelgebäudeeffizienz notwendig. Bei den Finanzierungsbedingungen muss die Politik dringend nachbessern und die Vorgaben der EU-Taxonomie sowie die der Europäischen Gebäuderichtlinie EPBD miteinander vereinbar machen.

„Unsere Unternehmen mit sehr günstigen Mieten von vielfach unter 6 Euro und teilweise sogar unter 5 Euro pro Quadratmeter müssen nachhaltig unterstützt statt immer weiter reguliert werden. Wir brauchen

eine realistische und sozial gerechte Klima- und Baupolitik. Nur dann können die sozial orientierten Wohnungsunternehmen ihren Auftrag und ihre Berufung, bei der wir sie als GdW seit nunmehr 100 Jahren unterstützen, auch für kommende Generationen gewährleisten: sozial gerechten Wohnraum bereit stellen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sichern“, sagt Gedaschko.

Quelle: GdW

GdW-Positionen zur Bundestagswahl 2025: <https://www.gdw.de/media/2024/11/gdw-positionspapier.pdf>

<https://bbu.de/beitraege/tag-der-wohnungswirtschaft-2024-gdw-legt-seine-positionen-zur-bundestagswahl-vor>